

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 6. bis 8. März 2019 in Bukarest (Rumänien)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmer der deutschen Delegation	2
II. Einführung	2
III. Ablauf der Tagung.....	2
III.1 Eröffnungssitzung.....	2
III.2 Die östliche Partnerschaft – Zehn Jahre der Hoffnung	3
III.3 Die strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres für die EU	3
III.4 Die Prioritäten und Strategien der GASP und der GSVP – Die Zukunft der europäischen Sicherheit.....	3
III.5 Das GSVP-Dreieck: CARD-PESCO-EDF	4
III.6 Eine glaubwürdigen Perspektive zur Erweiterung und Stärkung der EU auf dem Westbalkan	4
IV. Arbeitsgruppen	4
IV.1 Die Zukunft der GSVP und der GASP mit Bezug auf den Brexit.....	5
IV.2 EU-Strategie für die Donau-Region.....	5
IV.3 Cyber-Sicherheit und hybride Kriegsführung.....	5
IV.4 Militärische Mobilität, eine Herausforderung zur Entwicklung von Synergien zwischen der EU und der NATO	5
V. Schlusserklärung des Ko-Vorsitzes	6

I. Teilnehmer der deutschen Delegation

An der 14. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter Dietmar Nietan (SPD), Leiter der deutschen Delegation,
Abgeordneter Roderich Kiesewetter (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter,
Abgeordneter Christoph Neumann (AfD),
Abgeordneter Tobias Pflüger (DIE LINKE.)

II. Einführung

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten auch mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

III. Ablauf der Tagung

Die 14. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) fand auf Einladung des rumänischen Parlaments (rumänische EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2019) vom 6. bis 8. März 2019 in Bukarest statt. An der Konferenz nahmen 108 Delegierte aus 27 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 14 Delegierte aus fünf Partnerländern (Island, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und der Türkei) teil. Vertreter des Kosovo wurden von den Veranstaltern als Gäste geladen.

Vor Konferenzbeginn kamen die Delegierten zu Fraktionssitzungen zusammen, um die Positionen abzustimmen. Es fanden Sitzungen der Europäischen Volkspartei (EVP), der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) und der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) statt.

Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und fünf weitere Sitzungsabschnitte unterteilt. Daneben hat die rumänische Präsidentschaft vier Arbeitsgruppen eingesetzt. Die Ko-Vorsitzenden der Konferenz veröffentlichten nach der Tagung eine gemeinsame Schlusserklärung zu den Konferenzergebnissen. Die Schlusserklärung der Konferenz ist in deutscher Übersetzung unter Punkt fünf dieser Unterrichtung abgedruckt.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird vom 4. bis 6. September 2019 in Helsinki (Finnland) auf Einladung des finnischen Parlaments stattfinden.

III.1 Eröffnungssitzung

Calin Popescu-Tariceanu, Präsident des rumänischen Senats, eröffnete die Konferenz und konstatierte, dass die nationalen Parlamente entschlossener Akteure sein müssen, um sicherzustellen, dass sie über ausreichende Mittel zur Förderung und Verteidigung von Demokratie, Freiheit und Menschenwürde verfügen. Besonders erwähnte er das Engagement der politischen und zivilen Akteure, die die Umsetzung des Prespa-Abkommens ermöglicht haben. Dies sei ein wichtiger Eckpfeiler für Frieden und Sicherheit in Südosteuropa. Er forderte die westlichen Balkanländer auf, ihre Differenzen zu überwinden, damit das nachhaltige Engagement der Europäischen Union

für die interne und externe Aussöhnung als Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft bekräftigt werden kann. Die Militarisierung des Asowschen Meeres verurteilte der Präsident des rumänischen Senats als einen Akt der Aggression und Verletzung des Völkerrechts, der die Sicherheit der gesamten Region gefährde. Er betonte auch, dass Cyberangriffe und Drohungen eines hybriden Krieges Herausforderungen seien, die gemeinsam bewältigt werden müssten und für die im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik angemessene Antworten vorbereitet werden sollten. **Florin Iordache**, Vizepräsident der rumänischen Abgeordnetenkammer, erklärte, dass Rumänien während der Präsidentschaft des EU-Rates wichtige Schritte unternommen habe, um die globale Rolle der EU zu unterstützen und zu stärken. Die Förderung der Erweiterungspolitik, die Unterstützung der Umsetzung der globalen Strategie der EU durch Rumänien sowie die Unterstützung von Maßnahmen im Bereich der Verteidigungsfähigkeit seien dabei nur die wichtigsten Beispiele. **Ioan Mirea Pascu**, Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, mahnte in seinen Eröffnungsworten eine stärkere Rolle Europas in der Welt an. Nach der Aufkündigung des Washingtoner Vertrages über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) müsse Europa eine einheitliche Position einnehmen, um ein erneutes Wettrüsten zu verhindern. Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik seien dazu vonnöten. Herr Paşcu forderte die Mitgliedstaaten auf, fest zusammenzuhalten und nicht zuzulassen, dass Russland durch die Einschüchterung oder Beeinflussung einzelner Mitgliedstaaten die europäische Einheit erschüttere.

III.2 Die östliche Partnerschaft – Zehn Jahre der Hoffnung

Im ersten Sitzungsabschnitt zum Thema „Die östliche Partnerschaft – Zehn Jahre der Hoffnung“ erläuterte der rumänische Außenminister, **Teodor Melescanu**, die bisherigen Erfolge der östlichen Partnerschaft der EU und forderte die Nennung konkreter Ziele für die Partnerländer bis 2020. Er schlug vor, besonders bei den Themen Energievernetzung, Harmonisierung der Breitbandinfrastruktur und Digitalisierung die Zusammenarbeit mit den Partnerländern zu intensivieren. Diese Maßnahmen würden zu verbesserter wirtschaftlicher Verflechtung führen und der Sicherheit in ganz Europa dienen. Er betonte, dass sich die gemeinsamen Anstrengungen der EU zur Förderung der Ziele der Östlichen Partnerschaft und des Angebots maßgeschneiderter Ansätze für alle europäischen Partner auszahlen würden. Der Geschäftsführer für Europa und Zentralasien beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), **Thomas Mayr-Harting**, lobte die wirtschaftliche Stärkung der Partnerländer durch die Zusammenarbeit wie auch die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern. Aufgrund der fehlenden Beitrittsperspektive für die Partnerländer stelle sich die Frage nach der Entwicklung von Perspektiven für eine Vertiefung der weiteren Zusammenarbeit. Hier sei Europa gefragt, eine Lösung anzubieten, um im Wettbewerb mit anderen Akteuren nicht an Attraktivität einzubüßen.

III.3 Die strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres für die EU

Im zweiten Sitzungsabschnitt, in dem die strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres für die EU thematisiert wurde, schilderte **Ioan Mirea Pascu**, Vizepräsident des europäischen Parlamentes, die Bedeutung der Region für die Sicherheit Europas und forderte, der Region politisch mehr Beachtung zu schenken. Die Probleme der Region sollten dabei gemeinsam angesprochen und gelöst werden. **Gabriel Benjamin Leş**, rumänischer Verteidigungsminister, zielte besonders auf die Sicherheits- und Verteidigungsaspekte des Schwarzmeerraums ab und betonte die Notwendigkeit einer europäischen strategischen Vision für die Schwarzmeerregion. Die EU habe die einzigartige Fähigkeit, mehrere Instrumente zu bündeln, um die fragmentierten Lösungsansätze für die Schwarzmeerregion zusammenzuführen. In der Diskussion wurde das aggressive Verhalten der Russischen Föderation kritisiert, die für viele Spannungen in der Region verantwortlich gemacht wird.

III.4 Die Prioritäten und Strategien der GASP und der GSVP – Die Zukunft der europäischen Sicherheit

Der dritte Sitzungsabschnitt war den Prioritäten und Strategien der GASP und der GSVP sowie der Zukunft der europäischen Sicherheit gewidmet. Die Hohe Vertreterin (HV) der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, **Federica Mogherini**, sollte per Videozuschaltung über den aktuellen Stand in diesen Politikfeldern berichten. Aufgrund technischer Probleme musste der Tagesordnungspunkt abgesagt werden. Bereits zum dritten Mal in Folge war die HV nicht persönlich anwesend und konnte daher nicht eingehend befragt werden. Das wurde von der Mehrheit der Delegierten deutlich kritisiert.

III.5 Das GSVP-Dreieck: CARD-PESCO-EDF

Der vierte Sitzungsabschnitt trug den Titel: Das GSVP-Dreieck: CARD (Coordinated Annual Review on Defence)-PESCO (Permanent Structured Cooperation)-EDF (European Defence Fund). Der Leiter der Europäischen Verteidigungsagentur, **Jorge Domecq**, berichtete, dass die EU mit den drei Instrumenten einen geschlossenen und durchgängigen Rahmen für die weitere Entwicklung der europäischen Verteidigung etabliert habe. Sowohl die Exekutive als auch die Legislative sollten nun gemeinsam diesen Rahmen nutzen, um den Ausbau der Fähigkeiten, ausgerichtet an den militärischen Notwendigkeiten und nicht an industriepolitischen Wünschen, voranzutreiben. **Arnout Molenaar**, verteidigungspolitischer Experte beim EAD, lobte das GSVP-Dreieck als herausragenden Erfolg, der die Fragmentierung der Verteidigung in Europa beenden und die Leistungsfähigkeit spürbar verbessern werde. Die Entwicklung vollziehe sich dabei komplementär zur NATO und vermeide Redundanzen. Europa habe den Rahmen für eine bessere Verteidigung gesetzt. Nun sei es Aufgabe der Nationalstaaten, diesen Rahmen mit Inhalten zu füllen. Er sprach sich dafür aus, die Kooperation der Nationalstaaten zur Norm zu erheben. Abgeordneter **Tobias Pflüger** kritisierte, dass die Vereinbarkeit des EDF mit dem europäischen Vertrag Artikel 41 (2) nicht gegeben sei. Die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne (GUE/NGL) im Europäischen Parlament lasse derzeit prüfen, ob die Finanzierung von Verteidigungsausgaben über Industriemittel gegen besagten Artikel verstoße und strebe gegebenenfalls eine Normenkontrollklage gegen den EDF an. Des Weiteren forderte er eine verbesserte Information nationaler Parlamente über die im Rahmen der PESCO beschlossenen Projekte zur Sicherung der parlamentarischen Kontrolle.

III.6 Eine glaubwürdige Perspektive zur Erweiterung und Stärkung der EU auf dem Westbalkan

Im letzten Sitzungsabschnitt setzten sich die Delegierten mit einer glaubwürdigen Perspektive zur Erweiterung und Stärkung der EU auf dem Westbalkan auseinander. **Victor Bostinaru**, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, sprach sich gegen eine weitere Verzögerung der Erweiterung der EU durch die Länder des Westbalkans aus. Er warb dafür, bis Mitte 2019 Zusagen für Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Montenegro auszusprechen und die Verhandlungen mit Serbien deutlich zu beschleunigen. Anderenfalls gleite die EU in eine Krise und die Gefahr eines weiteren Erstarkens von Populismus und Nationalismus in der Region des Westbalkans steige. Die Chefunterhändlerin Serbiens bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU, **Tanja Misevic**, hob hervor, wie wichtig es sei, die Bevölkerung und Zivilgesellschaft beim Beitrittsprozess mitzunehmen. Gerade im Bereich der Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit, wo durch den Beitrittsprozess Institutionen neu geschaffen würden, sei es wichtig, ein Bewusstsein für diese neuen Institutionen zu entwickeln. Auch die Versöhnung ehemals verfeindeter Nachbarn sei ein andauernder und anstrengender Prozess von herausragender Bedeutung. Der Vorsitzende des Ausschusses für Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten des griechischen Parlaments, **Costas Douzinas**, lobte das Abkommen zur Beilegung des Namensstreits mit Nordmazedonien als Stimulus für eine Rückbesinnung auf die Werte der EU. Die EU müsse durch die Integration des Westbalkans das Erstarken von Nationalismus bekämpfen. Deshalb trete die EU, im Gegensatz zu den USA, weiter für Multilateralismus ein. Nur die EU sei in der Lage, dem Westbalkan eine dauerhafte und nachhaltige Entwicklungsperspektive zu bieten.

IV. Arbeitsgruppen

In vier Arbeitsgruppen (AG) setzten sich die Delegierten mit folgenden Themen auseinander: „Die Zukunft der GSVP und der GASP mit Bezug auf den Brexit“, „EU-Strategie für die Donau-Region“, „Cyber-Sicherheit und hybride Kriegsführung“ sowie „Militärische Mobilität; eine Herausforderung zur Entwicklung von Synergien zwischen der EU und der NATO“.

IV.1 Die Zukunft der GSVP und der GASP mit Bezug auf den Brexit

In dieser Arbeitsgruppe (AG) waren sich die Delegierten einig, dass das Vereinigte Königreich auch nach einem eventuellen Brexit weiter eine wichtige Rolle in der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielen müsse. Diese Notwendigkeit ergebe sich aufgrund des Umstands, dass das Vereinigte Königreich derzeit etwa ein Viertel der europäischen Ausgaben für Verteidigung aufbringe.

IV.2 EU-Strategie für die Donau-Region

Die AG widmete sich einem Schwerpunktthema der rumänischen Ratspräsidentschaft. Die Donau verbindet 112 Mio. Menschen in 14 Ländern, darunter fünf Länder, die den Wunsch haben, der EU beizutreten. Durch die verstärkte Förderung von Strategien für den Donauroum soll das Potential der Region für den wirtschaftlichen Aufschwung und den Tourismus besser genutzt sowie die Konnektivität gesteigert werden. Ebenso verspricht sich die rumänische Präsidentschaft Fortschritte für eine schnellere Integration von potentiellen EU-Beitrittsländern der Region.

IV.3 Cyber-Sicherheit und hybride Kriegsführung

In dieser AG stellten die Gastgeber vor, was sie bereits zur Verbesserung der Cybersicherheit unternommen haben. Die Delegierten waren sich einig, dass in ganz Europa bereits viel erreicht worden sei, die Herausforderungen jedoch weiterhin bestünden. Gleichzeitig wurde die Sorge ausgedrückt, dass der Ausbau der Digitalisierung in den Nationalstaaten die Herausforderungen zur Bekämpfung der hybriden Kriegsführung noch erhöhen werde. Für besonders wichtig erachte man daher eine verbesserte Bildung und Aufklärung der Bevölkerungen zu diesen Themen, um Bewusstsein zu schaffen und Risiken aufzuzeigen.

IV.4 Militärische Mobilität, eine Herausforderung zur Entwicklung von Synergien zwischen der EU und der NATO

Mit Strategien zur Verbesserung der militärischen Mobilität befasste sich die vierte AG. Hier stellten die Delegierten die besonderen EU-Kompetenzen in den Vordergrund, die ergänzend zu den NATO-Strategien wirken sollten. Um die Sicherheit in der EU zu gewährleisten, sei es notwendig, die militärische Mobilität deutlich zu verbessern. Dies setze eine verbesserte Kooperation der Staaten in Europa im Bereich des Informationsaustausches voraus. Um das Ziel zu erreichen, sei die Ertüchtigung ziviler Infrastruktur sowie deren duale Nutzung auch für militärische Zwecke notwendig. Beim Abbau von Hindernissen und bei der Harmonisierung von Verfahren komme den Parlamentariern bei notwendigen Gesetzgebungsverfahren eine herausgehobene Rolle zu.

Berlin, den 7. Juni 2019

Dietmar Nietan
Delegationsleiter

V. Schlusserklärung des Ko-Vorsitzes

14. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP)

Bukarest, 7.-8. März 2019

Schlusserklärung der Ko-Vorsitzenden

Die 14. Interparlamentarische Konferenz für die GASP/GSVP fand am 7. und 8. März 2019 in Bukarest statt. An ihr nahmen Abgeordnete aus den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament teil. Die Mitglieder tauschten Meinungen über eine Vielzahl aktueller außen- und sicherheitspolitischer Fragen aus, die sich in unserer Schlusserklärung widerspiegeln.

Prioritäten und Strategien der GASP/GSVP. Die Zukunft der europäischen Sicherheit

Es ist an der Zeit, dass die EU eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) entwickelt, um angesichts zunehmender Herausforderungen, insbesondere in ihrer Nachbarschaft, ihre Interessen, Grundsätze und Werte zu fördern. Die verfügbaren Instrumente müssen effektiver genutzt werden, und die Mitgliedstaaten sollten einheitliche EU-Positionen priorisieren. Die Ziele der EU müssen mit einem angemessenen Engagement in Bezug auf Entscheidungsprozesse einhergehen. Ideen wie der Aufbau eines EU-Sicherheitsrats und die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Rat der Europäischen Union bei Angelegenheiten, die die GSVP betreffen, aber keine militärischen oder verteidigungspolitischen Implikationen haben, sollten vertieft analysiert werden, bevor sie von den Mitgliedstaaten erwogen werden.

Das Ende des INF-Vertrags über nukleare Streitkräfte mittlerer Reichweite konfrontiert uns mit der Möglichkeit eines neuen atomaren Wettrüstens in Europa. Wir als Europäer müssen zusammenstehen und unsere kollektive Sicherheit nutzen. Wir müssen entschlossen Seite an Seite mit unseren Bündnispartnern innerhalb einer möglichst starken NATO zusammenhalten und uns den Versuchen Russlands entgegenstellen, uns einzuschüchtern, einen Keil zwischen uns zu treiben und den jahrzehntelangen Frieden in Europa zu gefährden.

Das GSVP-Dreieck: CARD – PESCO – EDF

Die neuen GSVP-Instrumente: Die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD) bringt die Ziele des Fähigkeitsentwicklungsplans mit den Zielen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) in Einklang. Der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) bietet Anreize für die allgemeine Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Verteidigungstechnologien und Prototypen künftiger Systeme auf EU-Ebene, insbesondere im Rahmen von PESCO. Wir stellen fest, dass weitere Fortschritte vonnöten sind, um diese Instrumente miteinander und gemeinsam mit anderen Instrumenten, insbesondere dem NATO-Verteidigungsplanungsprozess, zu nutzen.

Die Parlamente auf nationaler Ebene und Unionsebene müssen einen praktischen Ansatz für ihre künftige Zusammenarbeit entwickeln, da wir keinen unbegrenzten Vorrat an Streitkräften und Steuerzahlern in Europa haben.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Verhandlungen über eine Europäische Friedensfazilität fortzuführen, die dazu beitragen kann, die Fähigkeit der EU zur Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen zu unterstützen.

Östliche Partnerschaft - 10 Jahre europäische Ambitionen

Wir bekräftigen erneut das gemeinsame Bekenntnis der EU zur Einheit, Souveränität und territorialen Integrität der Länder der östlichen Partnerschaft, zur friedlichen Beilegung jeglicher Streitigkeiten und Anwendung des Völkerrechts, zu demokratischen Standards und zur Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit und zu einer guten und transparenten Staatsführung.

Wir glauben, dass es notwendig ist, den Schwerpunkt weiterhin auf die Reformagenda in diesen Ländern zu legen, den Grundsatz "Mehr für mehr" anzuwenden, Anreize und Bedingungen zu schaffen und diejenigen zu unterstützen, die unsere gemeinsamen Werte teilen und echte Bereitschaft zur Umsetzung der notwendigen Reformen zeigen. Deshalb ist eine ehrgeizigere "Östliche Partnerschaft Plus" eine Option für Länder, die bereit sind, ehrgeizigere Schritte zu unternehmen.

Wir bedauern die fortwährenden völkerrechtlichen Verstöße Russlands und seine hybride Kriegführung in der Region.

Die strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres auf der EU-Agenda

Die Schwarzmeerregion ist nach wie vor eine der entscheidenden Regionen für die Sicherheit der EU. Wir verurteilen Russlands Aktionen im Asowschen Meer, die einen Verstoß gegen das internationale Seerecht und Russlands internationale Verpflichtungen darstellen, sowie den Bau der Brücke von Kertsch und die Verlegung von Unterwasserkabeln zur widerrechtlich annektierten Halbinsel Krim ohne Zustimmung der Ukraine. Die Militarisierung des Asowschen Meeres, der Schwarzmeerregion und des Bezirks Kaliningrad sowie das wiederkehrende Muster der Verletzung der Hoheitsgewässer europäischer Länder im Schwarzen Meer sind nach wie vor äußerst besorgniserregend.

Wir fordern die europäischen Institutionen auf, die Sichtbarkeit der Schwarzmeerregion zu erhöhen und einen stärker ausdifferenzierten regionalen Ansatz zu entwickeln, da es notwendig ist, gemeinsame Probleme gemeinsam anzugehen.

Die Zukunft der GASP/GSVP vor dem Hintergrund des Brexit

Wir erkennen die Notwendigkeit an, kreative Lösungen für die künftige Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich im Bereich der GASP/GSVP zu finden, um dafür zu sorgen, dass gemeinsame Interessen nicht beeinträchtigt werden. Eine enge Zusammenarbeit und Engagement sind in allen Bereichen vonnöten und insbesondere bei der Abstimmung der Positionen in internationalen Organisationen und im Hinblick auf die Sanktionspolitik. Im Bereich der GSVP haben das Vereinigte Königreich und die Mitgliedstaaten ihren Wunsch geäußert, eine möglichst enge Zusammenarbeit, auch durch die NATO, aufrechtzuerhalten.

Die EU-Strategie für den Donaauraum

Wir sind der Auffassung, dass die EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR) ein Gemeinschaftsinstrument ist, das hervorragend an die makroregionale Zusammenarbeit zwischen den vierzehn Anrainerstaaten angepasst ist, d.h. den neun EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Bulgarien, Tschechische Republik, Kroatien, Deutschland [durch die Länder Bayern und Baden-Württemberg], Ungarn, Rumänien, Slowakei und Slowenien) sowie den fünf Nichtmitgliedstaaten (Herzegowina, Montenegro, Republik Moldau, Serbien und Ukraine).

Wir unterstützen die Stärkung und Entwicklung der regionalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit und die Umsetzung der EU-Politik und EU-Gesetze innerhalb der Makroregion Donau.

Cybersicherheit und hybride Kriegführung

Cyberkriege und hybride Kriegführung stehen im Zentrum der künftigen Herausforderungen, mit denen unsere Streitkräfte konfrontiert sind. Als Parlamente müssen wir widerstandsfähig sein, wir müssen die Widerstandskraft unserer Gesellschaften stärken, und wir müssen unsere Botschaft der Demokratie, Freiheit, Menschenwürde und multilateralen Weltordnung aktiv voranbringen, wodurch wir unsere europäische Identität und Unabhängigkeit stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und der Welt zu fördern.

Militärische Mobilität, eine Herausforderung für die Entwicklung von Synergien zwischen NATO und EU

Die Herausforderungen des internationalen Sicherheitsumfelds erfordern mehr Aufmerksamkeit für die kollektive Verteidigung und deren Bedürfnisse, insbesondere die militärische Mobilität. Die Verfahren und Infrastrukturen in Europa sind für eine größere Dislozierung von Streitkräften nicht ausreichend dimensioniert.

Das neu entwickelte Konzept der militärischen Mobilität in der NATO und die geplante Finanzierung aus dem Unionshaushalt und den nationalen Haushalten wird zu reibungsloseren Verfahren führen und dafür sorgen, dass in den Mitgliedstaaten die richtigen Investitionen an den richtigen Stellen getätigt werden

Die interparlamentarische Zusammenarbeit wird für die Priorisierung der Projekte, deren Finanzierung und die gemeinsame politische Kontrolle der erzielten Fortschritte von grundlegender Bedeutung sein. Wir erkennen die Rolle der nationalen Parlamente bei der Aufgabe an, Gesetze und die einschlägigen Verfahren auf nationaler Ebene stärker einander anzunähern.

Eine glaubwürdige Perspektive für die Erweiterung und ein stärkeres Engagement der EU in den Westbalkanstaaten

Wir loben die Entschlossenheit und Beharrlichkeit der politischen und zivilen Akteure, die zur Umsetzung des Prespa-Abkommens als wichtigen Baustein für Frieden und Sicherheit in Südosteuropa geführt haben. Wir fordern die Entscheidungsträger in der gesamten Region nachdrücklich auf, die positiven Impulse zu nutzen, um langjährige Streitigkeiten beizulegen, vor allem mithilfe des von der EU geförderten Dialogs zwischen Belgrad und Pristina. Wir bekräftigen erneut das fortwährende Engagement der Union zur dauerhaften innen- und außenpolitischen Versöhnung, die eine Voraussetzung für den EU-Beitritt darstellt, und fordern die Länder der Region nachdrücklich auf, noch bestehende Differenzen zu überwinden.

Wir begrüßen die fortwährenden Reformbemühungen in der Region und bekräftigen unsere Unterstützung für den dort stattfindenden Wandel, wobei Demokratie, gute Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit die Eckpfeiler einer sicheren und nachhaltigen europäischen Zukunft für die Westbalkanstaaten bilden. Von besonders großer Bedeutung sind dabei der innenpolitische Dialog, die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, der Schutz der Menschenrechte vor allem für Minderheiten und die Verteidigung der Medienfreiheit.

Cristian-Sorin Dumitrescu, Leiter der Delegation des rumänischen Parlaments

Ioan Mircea Pascu, Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments